

Die Bildung könnte der Wahlsieger sein

KOMMENTAR DER ANDEREN | KARL HEINZ GRUBER, 4. Oktober 2013, 19:22



foto: standard/corn

So wie Schüler aufzeigen, haben auch Politiker beim Thema Bildung nach der Wahl ihren Arm nach oben gerissen. Alle wollen etwas verändern. Dass Schüler in Klassen gelegentlich drei Bier bestellen, ist eher ausgeschlossen. In manchen politischen Parteien ist das wohl nicht so.

Vier Felder, die im Bildungssystem beackert gehören, und ein Aufruf dazu, allenfalls auch internationale Hilfe zu holen

In so gut wie allen Stellungnahmen zum Wahlergebnis und bei allen Mutmaßungen über die Prioritäten der nächsten Regierung wurde als erstes Thema "Bildung" genannt. Einmal davon abgesehen, dass Politiker zu glauben scheinen, dass ein (Lippen-) Bekenntnis zur Bildung immer gut wirkt, wäre es klug und hoch an der Zeit, diese offensichtlich für eine Bildungsreform günstige Situation für eine umfassende Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen des österreichischen Schulwesens zu nutzen und einen nationalen Bildungsgesamtplan mit klaren, realistischen und leistbaren Prioritäten zu formulieren.

Für eine Bildungs-Euphorie gibt es allerdings aus mehreren Gründen keinen Anlass. Bildungsreformen sind keine sofort wirksamen administrativen Kurskorrekturen wie etwa die Einführung einer Vermögenssteuer oder die Förderung von Solaranlagen. Bildungsreformen erfordern die Einsicht und Bereitschaft der Betroffenen, also Lernprozesse, die Zeit und oft auch zusätzliche Ressourcen brauchen. Klare Prioritäten sind deswegen notwendig, weil soziale Systeme und Institutionen wie Schulen nur ein bestimmtes Maß an Innovation verkraften können; wird ihnen zu viel Neues in zu kurzer Zeit zugemutet, reagieren sie mit Verweigerung oder Apathie.

Die neue Regierung muss bildungspolitisch weder das Rad noch das Feuer neu erfinden. Sie kann auf die Überlegungen zurückgreifen, die in das Bildungsvolksbegehren eingeflossen sind, und sie kann sich daran orientieren, was sich international als reformtauglich erwiesen hat und die OECD seit Jahrzehnten unter dem Slogan "What works" empfiehlt. In vier Entscheidungsfeldern scheint der Handlungsbedarf am vorranglichsten:

Q Vorschulerziehung Vor etlichen Jahren wurden bei einer großen OECD-Bildungskonferenz den Experten diese Frage gestellt: Wenn Sie Ihrer Regierung nur eine einzige Reformmaßnahme empfehlen könnten, was wäre das? Mit großer Mehrheit war die Antwort: zwei Jahre qualitätvolle Vorschulerziehung. Die neue Bundesregierung sollte sich daher mit den Ländern und den Gemeinden bemühen, für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf zwei Jahre gute ganztägige Vorschulerziehung einlösbar zu machen. Manche Familien werden diesen Anspruch nicht voll ausschöpfen wollen oder müssen, während insbesondere nichtdeutschsprachige Kinder und ihre Mütter kompensatorische, integrationsträchtige Zusatzförderung brauchen.

Q Schulorganisation Dass die Selektion von neuneinhalbjährigen Kindern für gymnasiale Schulkarrieren und die damit verbundene soziale Segregation ein Relikt des ständischen 19. Jahrhunderts sind, ist empirisch vielfach bewiesen und einer fairen, offenen, demokratischen Gesellschaft nicht würdig. Die frühe schulische Auslese beruht nicht auf verlässlichen Prognosen der zukünftigen intellektuellen Leistungsfähigkeit (diese sind nicht möglich), sondern auf den unterschiedlichen Aspirationen von bildungsnahen oder bildungsfernen Eltern. Diese Auslese ist volkswirtschaftlich unhaltbar: Sie amputiert die Bildungsambitionen vieler Kinder und lässt viele Begabungen brachliegen. Die Neue Mittelschule ist ein bedauerliches Kompromissprodukt. Was geboten ist und in der Mehrzahl der erfolgreichen OECD-Länder längst existiert, ist eine gemeinsame, selbstverständlich nach Begabungen und Interessen differenzierende Mittelschule der 10- bis 15-Jährigen.

Ja, der Fünfzehnjährigen. Das Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer an polytechnischen Schulen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese einjährige Schulform den vorzeitigen Abschied vom Lernen begünstigt und den Pool der potenziell arbeitslosen Jugendlichen speist. Bei einer gemeinsamen Mittelstufe gibt es zwar kein Gymnasium mehr, aber es ist selbstverständlich und mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass das "Gymnasiale", das heißt eine

anspruchsvolle Lernkultur und Wahlfächer wie moderne Sprachen und Latein, auch an Gesamtschulen erhalten bleibt.

Q Schulautonomie Der in vielen Schulsystemen bereits vollzogene "Powershift", der darin besteht, dass zentrale legislativ-bürokratische Instanzen wie Parlament und Bildungsministerium Entscheidungskompetenzen an die einzelnen Schulen delegieren, hat in Österreich noch nicht zu jener Autonomie und zu jenem "empowerment" der Lehrerschaft geführt, die zulassen, dass Lehrerkollegien gemeinsam mit einer tüchtigen Schulleitung den Schulbetrieb professionell, effizient und zufriedenstellend führen.

Überfülle an Vorschriften

Die gegenwärtige Überfülle von Vorschriften beruht auf einer "negativen Anthropologie" der Schulverwaltung, nämlich auf der Vorstellung, dass das Verhalten von Lehrern, ihr Umgang mit Zeit, mit Gruppenbildung, Ressourcen, Lehrausgängen, vorweg geregelt oder genehmigt werden muss. Diese bürokratischen Zwangsjacken müssen beseitigt werden, um didaktische Kreativität und pädagogische Fantasie freizusetzen. Für die Lehrerschaft bedeutet das, dass sie bereit und befähigt sein muss, ihr autonomeres Handeln zu begründen und zu rechtfertigen.

Q Lehrerbildung und Lehrberuf In vielen OECD-Ländern hat in den letzten Jahrzehnten eine Umorientierung der Lehrerschaft von "weisungsgebundenen Beamten" zu pädagogischen Professionals stattgefunden. Die im heurigen Frühjahr vom Parlament beschlossene "Lehrerbildung neu" beansprucht zwar, zukunftsorientiert zu sein und die angehenden Lehrerinnen und Lehrern praxiskompetent zu machen, sie leidet jedoch an drei Handicaps: Die notwendige Arbeitsteilung und Kooperation zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen ist weitgehend ungeklärt. Wie Junglehrer während der Induktionsphase an einer ländlichen Schule ein Masterstudium absolvieren können sollen, ist schleierhaft. Angesichts der Ungewissheit, wie die zukünftige Schulorganisation aussehen wird, wissen die Universitäten nicht, für welche Art von Sekundarschule sie Lehrer ausbilden sollen.

Schließlich das Lehrerdienstrecht: Wie wurde in Kanada, Schweden und NRW modernisiert? Könnten Ministerium und Gewerkschaft von diesen Ländern lernen, wie man zielorientiert miteinander umgeht? Es würde Österreich keine Zacke aus der Krone fallen, wenn die neue Bundesregierung die OECD ersuchen würde, eine Taskforce bereitzustellen, die das Berufsfeld Lehrer durchleuchtet und ein zumutbares Beschäftigungsausmaß errechnet, und sich Ministerium sowie Gewerkschaft bereiterklären, diesen Vorschlag zu akzeptieren. Denn selber scheint die schulische Sozialpartnerschaft mit ihrem Latein am Ende. Nach bisher 34 erfolglosen Runden besteht die beunruhigende Möglichkeit, dass die "50. Jubiläumssitzung" der Lehrerdienstrechtsverhandlungen mit der Festsetzung des nächsten Villacher Faschings zusammenfällt. (Karl Heinz Gruber, DER STANDARD, 5.10.2013)

KARL HEINZ GRUBER (Jahrgang 1942) lehrt Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Wien.